

Börries Hornemann, Armin Steuernagel (Hg.)
Sozialrevolution!
Campus Verlag Frankfurt 2017
209 Seiten, 19,95 Euro, E-Book 16,99
ISBN 987-3-593-50682-1
ISBN 987-3-593-43596-1 (EPUB)

Die beiden Herausgeber sind Mitglieder beziehungsweise Gründer des Forschungsnetzwerks „Neopolis“, das im Umfeld der anthroposophischen Bewegung zu verorten ist und dem auch andere der insgesamt 13 AutorInnen angehören. Sie sind junge Unternehmer und haben u. a. in Witten/Herdecke studiert. Ihr Verständnis der Welt, ihr In-der-Welt-Sein, ihre Erfahrungen unterscheiden sich also deutlich von denen eines marxistisch geprägten Aktivisten wie mir. Es mag daran liegen, dass mir manches von dem, was sie in ihrem Buch versammeln, beachtenswert und wichtig erscheint und anderes eher abstrus und abseitig. Es könnte aber auch sein, dass sie „politisch konträre Denker“ (S. 14) zwar bewusst zusammengebracht haben, dass deren Ideen aber trotzdem nicht zusammenpassen. Darüber müssten sich die LeserInnen gegebenenfalls selbst ein Urteil bilden.

Ein zentraler Punkt des anderen Blicks auf und in die Welt wird gleich im ersten der 15 Beiträge deutlich, in dem Steuernagel die Geschichte der Sozialsysteme darstellt. „Soziale Sicherheit“, wie wir es heute nennen, (sei) immer von *Gruppen* ermöglicht“ worden (S. 15, Hervorhebung im Original). Da spielten Familien eine Rolle, Clans, Dorfgemeinschaften, Gilden oder Zünfte, vielleicht auch nahestehende Wohltäter. Konsequenter versteht Steuernagel den entstehenden Sozialstaat als „Patronat“ (S. 19). „Aus individueller Unterstützung eines hilfsbedürftigen Gruppenmitglieds – aus Reziprozität, Mitgefühl oder Gruppenzwang – wird ein neuer Zwang: der Zwang des allgemeinen Gesetzes.“ (S. 20) Der Versuch, den Sozialstaat auszutricksen und zu missbrauchen erscheint ihm konsequent, „Undankbarkeit,..Anspruchsdenken...Trotzhaltung“ (S. 21) unvermeidlich. Das Ganze könne nur noch als „Wohlfahrtsbürokratie“ wahrgenommen werden.

Auf diesem Hintergrund liegt es nahe, dass es Beiträge gibt, die private Modelle partieller Sicherungssysteme als „Vertrauens-“ statt „Misstrauenssysteme“ erklären und als „Peer-to-peer-Versicherungen“ bejubeln (S. 143-155, dito Steuernagel). Hornemanns Text „Vertrauen zahlt sich aus“ (S. 157-170) setzt das nahtlos fort, sein zweiter (S. 171-184) will „neue Wirs“ u. a. ausgerechnet in den „weltweiten Erfolge(n) in der Mikrokreditvergabe“ festgestellt haben. Philip Kovce schließlich, ebenfalls Jungökonom, Neopolis und in Witten/Herdecke ausgebildet, feiert den Transhumanismus und „die Aufhebung des Menschen“ durch die Maschinen ab (S. 191-198).

Vorher schon hatte Michael D. Tanner vom rechtslibertären Cato-Institut festgestellt (S. 11-131), dass es „weltweit...zunehmend offensichtlich (werde), dass der alte bismarcksche Sozialstaat ausgedient hat“. Zudem macht er sich Sorgen um Arbeitsanreize, wenn es denn ein bedingungsloses Grundeinkommen gebe. Ein solches habe zwar Vorteile gegenüber linken Ideen von Mindestlohn und Wirtschaftsregulierung, aber mit seiner Einführung solle sich kein Land der Welt beeilen, da es „wie bei allen staatlichen Programmen den Druck (gebe), die Leistungen sukzessive zu erhöhen“. Den Staat möchte ich gerne sehen, wo Sozialleistungen regelmäßig erhöht werden! Auch Natalie Fosters Überlegungen, Sozialleistungen für Selbstständige auf private Vertragsbeziehungen zwischen selbstständigen Kunden, Uber-Fahrern beispielsweise, Auftraggebern und Versicherungsunternehmen (S. 133-141) aufzubauen, nützen im Wesentlichen eben dieser Versicherungswirtschaft.

So kommt es, dass die ganze zweite Hälfte des Buches zu gesellschaftlichen Lösungen nichts beiträgt. Die Texte geben Einblick in das (neo)liberale Denken und Weltbild ihrer AutorInnen und sind insofern interessant, als man gut sehen kann, wo deren Ideologie und die Idee eines

bedingungslosen Grundeinkommens sich nahe kommen. Das sollte man durchaus genau studieren, aber zum Aufbau einer emanzipatorischen Perspektive ist das ganz und gar nutzlos.

Der Schwerpunkt der Beiträge aus der ersten Hälfte des Buches ging in eine andere Richtung. Technologische Möglichkeiten wurden dargestellt (Albert Wenger, Investor in digitale Start-ups, S. 27-39), auf ihre Kompatibilität mit einem Grundeinkommen abgeklopft (MIT-Professor Erik Brynjolfsson, S. 41-49) und eine digitale Ökonomie als Lösung der sozialen Frage dargestellt (WEF-Berater Dirk Helbing, S.51-59). Letztgenannter Text zeigt Berührungspunkte zu den eingangs besprochenen.

Ich schneide im Folgenden fünf Zitate daraus zusammen, die im Text über sechs Seiten verteilt sind: „Unsere heutige Mobilität kann Berechnungen zufolge Dank smarterer Daten mit 15-20 Prozent der vorhandenen Fahrzeuge bereitgestellt werden... Wir brauchen eine Transformation unserer Wirtschaft zu einer mit sehr geringem CO₂-Ausstoß, einer *low carbon economy*... Externalitäten (wie Lärm, Stress, Emissionen und Abfall, aber auch Kooperation und Zufriedenheit) könnte durch entsprechende Marktmechanismen ein Preis oder Wert zugeordnet werden... Mit Externalitäten ließe sich also Geld verdienen... Durch Berücksichtigung der Externalitäten wird ein liberaler und effizienter Kapitalismus möglich, der gleichzeitig soziale und ökologische Bedürfnisse befriedigt.“

Die Absicht des Autors wird im letzte Zitat deutlich ausgesprochen, sie ist aber nicht die zwingende Schlussfolgerung aus den dargestellten technischen Möglichkeiten und Erfordernissen. Die folgenden drei Texte sind diesbezüglich erkennbar unsicher, tasten Möglichkeiten ab. Georg Hasler, Besitzer des größten Kaffeehauses in der Schweiz und gelernter Geigenbauer, meint, „Kapital (sei) inzwischen wertlos geworden. Es gibt ein Überangebot und keine Nachfrage mehr. Der Markt scheint den Kapitalismus gerade selbst abzuschaffen.“ (S. 61) Das führt ihn zu der Schlussfolgerung, dass „es unter diesen Umständen sinnvoll sein (könnte), den Kapitalismus aufzugeben und der Verwandlung von Kapital- in Kulturgut freien Lauf zu lassen“ (S. 74).

Andrew L. Stern, Ex-Vorsitzender der US-Dienstleistungsgewerkschaft SEIU und einer der Antreiber hinter Obamacare, tritt für ein Recht auf Einkommen ein und diskutiert die Rolle, die dann den Gewerkschaften zukäme (S. 75-85). Sein Optimismus, ob sie ihren Platz in der Gestaltung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse einnehmen würden, hält sich in Grenzen. Bill Clintons Arbeitsminister Robert B. Reich beschäftigt sich mit dem Verhältnis von technologischem Wandel und bedingungslosem Grundeinkommen (S. 87-100). Eine „unendliche Produktion durch einige wenige für diejenigen, die es sich leisten können“, könne doch nicht die ökonomische Zukunft sein. Keynes' Vision einer Gesellschaft mit viel freier Zeit verlange schließlich auch Konsum. Der werde möglich, wenn geistiges Eigentum mit Lizenzgebühren belastet und daraus ein Grundeinkommen für alle finanziert werde. Auch hier darf man zweifeln, ob die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation verstanden wurden.

Was bleibt, ist der Beitrag von Yanis Varoufakis (S. 1001-109). Er stellt klar, dass es eine Legende ist, dass der Reichtum im Kapitalismus privat produziert und dann teilweise vom Staat durch Steuern angeeignet werde, um sozialen Ausgleich zu schaffen. „In Wirklichkeit wird der Reichtum kollektiv generiert und fließt dann in einige wenige private Hände.“ (S. 105) So gesehen „ist es wirklich einfach, ein Grundeinkommen als eine gerechte Dividende für die gesamte Gesellschaft zu verstehen. Eine Dividende, die an alle gleichermaßen geht, da die Gründe für die enormen Privatgewinne auch aus dem Kollektiv stammen.“ (ebda.)

Vielleicht lohnt sich das Buch ja allein wegen dieses einen Gedankens!